

Aktuelles

Österreich wählt!

Gastbeitrag der Allianz

Medienupdate

Servus Österreich: Deine Stimme, Deine Steuergerechtigkeit!

Willkommen zur Sonderausgabe unseres Newsletters über Österreich!



Österreich wählt!

Aktuelles

Diesen Monat wählt Österreich den Nationalrat, genauer gesagt am 29. September. Das nehmen wir als Anlass, uns in einer kleinen Sonderausgabe unseres Newsletters mit den Nationalratswahlen zu beschäftigen.

Bei der Nationalratswahl werden alle 5 Jahre die Abgeordneten für den österreichischen Nationalrat gewählt.

Nach der Wahl werden die Sitze im Nationalrat auf die Parteien verteilt. Basierend auf dem Listen- und Verhältniswahlrecht werden so bei der Wahl die 183 Abgeordneten gewählt, aus denen sich der Nationalrat zusammensetzt.

Zu den Aufgaben des Nationalrats gehört das Prüfen und Vorschlagen von neuen Gesetzen oder Gesetzesänderungen. In Österreich kann nämlich nur der Nationalrat – in manchen Fällen gemeinsam mit dem Bundesrat – Bundesgesetze beschließen. Er kontrolliert die Bundesregierung und die Bundesverwaltung in ihrer Amtsführung und kann auch die Abberufung der gesamten Bundesregierung oder einzelner Mitglieder einleiten.

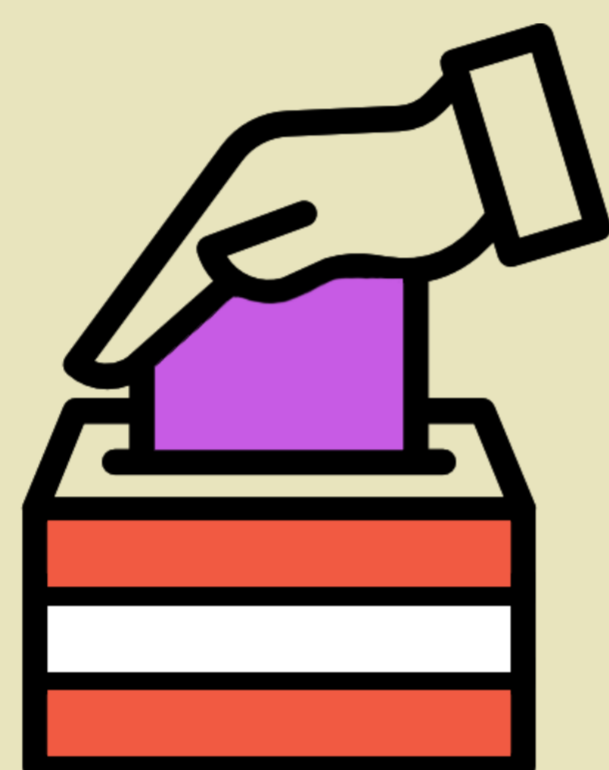
Ebenso werden für die Regierungsbildung die Parteiverhältnisse im Nationalrat berücksichtigt. So wird üblicherweise die vorsitzende Person der mandatsstärksten Partei im Nationalrat mit der Aufgabe der Regierungsbildung betraut.

Österreich wählt!

Warum sind die Wahlen so wichtig? Viele Menschen kämpfen täglich um ihre Grundbedürfnisse, während das Vermögen in den Händen weniger konzentriert ist. Das verstärkt die soziale Ungleichheit und gefährdet unsere Demokratie.

Denn Demokratie bedeutet, dass jede Stimme zählt und jeder Mensch gehört wird – zumindest in der Theorie. In der Realität sieht es leider anders aus. Macht ist oft ungleich verteilt und konzentriert sich in den Händen weniger – und Geld spielt dabei eine zentrale Rolle. Denn Vermögen bedeutet Macht, und Macht bedeutet Einfluss. **Das reichste Prozent hält in Österreich, je nach Quelle, zwischen 40 und 50 Prozent aller Vermögen, während die ärmere Hälfte der Bevölkerung auf gerade einmal vier Prozent kommt.**

Wenn Einzelpersonen allerdings über so viel Vermögen verfügen, dass sie sich politischen Einfluss erkaufen können, dann gerät unsere Demokratie ins Wanken. Denn wenn Vermögende ihre Interessen durchsetzen, tun sie das oft auf Kosten der Allgemeinheit. Sie verhindern politische Reformen, die dringend notwendig wären, um gesellschaftliche Ungleichheit zu bekämpfen, investieren in Lobbyarbeit, um ihre eigenen Interessen durchzusetzen – etwa indem sie sich Gespräche mit wichtigen Politiker:innen erkaufen – und blockieren so Veränderungen, die zum Wohl aller wären. All das ohne ein politisches Mandat oder transparente Prozesse – schlicht, weil sie es sich leisten können.



Diese ungleiche Verteilung von Macht und Einfluss verstößt gegen die Grundprinzipien unserer Gesellschaft, in der jede:r Wahlberechtigte gleichberechtigt mitbestimmen sollte.

Diese Problematik reicht jedoch weit über die politische Einflussnahme hinaus. Vermögende gestalten durch ihre Investitionen in Unternehmen und Immobilien die Lebensrealitäten von Millionen Menschen.

Eigentümer:innen von Wohnraum entscheiden, wie und wo Mieter:innen leben können. **Sie haben die Macht, Mieten in die Höhe zu treiben, ganze Viertel umzugestalten oder Wohnraum bewusst leer stehen zu lassen.** Dadurch entsteht nicht nur eine Erhöhung der Mietpreise, sondern auch eine wachsende Kluft zwischen denjenigen, die sich Wohnraum leisten können, und denen, die in die Obdachlosigkeit gedrängt werden. Damit kontrollieren Überreiche nicht nur die Preise, sondern auch die Art und Weise, wie Städte und Gemeinden gestaltet werden und wie wir leben.

Doch es bleibt nicht nur beim Wohnungsmarkt. Auch in der Arbeitswelt schaffen die reichsten Unternehmensträger:innen Lebensrealitäten, indem sie bestimmen, unter welchen Bedingungen Menschen arbeiten. Wenn wenige Unternehmen den Markt beherrschen, können sie die Arbeitsbedingungen diktieren, oft zu Lasten der Beschäftigten. Niedrige Löhne, prekäre Arbeitsverhältnisse und ein hoher Druck auf die Belegschaft sind die Folge. Zudem zeigt sich, dass Vermögen rasant wächst, während Löhne nur langsam steigen. **Die langfristige durchschnittliche Wachstumsrate der Löhne beträgt jährlich nur rund drei Prozent, während Vermögen durch Zinsen, Dividenden und Kursgewinne jährlich um mindestens sechs Prozent wächst.**

Das führt zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft, in der die einen im Überfluss leben, während die anderen kaum über die Runden kommen. Das Problem dabei ist, dass diese Macht nicht nur die Demokratie untergräbt, sondern auch das Leben aller anderen beeinflusst und prägt. Schließlich können sich viele Menschen ihre Lebensgrundlagen nicht mehr leisten, und noch schlimmer: Das Ganze resultiert oft in körperlicher und psychischer Belastung, hin zur Krankheit.

Diese Entwicklung ist besorgniserregend, denn sie zeigt, wie sehr der Einfluss von Vermögen die Demokratie aushöhlen kann. In einer funktionierenden Demokratie muss Macht geteilt und reguliert werden. Steuern auf Vermögen sind ein wichtiges Mittel, um diese Ungleichheit zu bekämpfen und die Macht der Wenigen zu begrenzen. Ein gerechtes Steuersystem könnte dieses ungleiche Wachstum ausgleichen, wir müssten allerdings einiges radikal verändern, um so ein System einzuführen. **Wenn die Umverteilung von Ressourcen ernsthaft angegangen werden sollte, wären Steuermaßnahmen möglich, die die Wachstumsrate des Vermögens übersteigen: Das wäre ab einer Vermögenssteuer von mindestens sieben Prozent der Fall.**

Denn nur wenn Macht tatsächlich gleich verteilt ist, kann Demokratie ihre Versprechen einlösen und die Interessen aller Bürger:innen berücksichtigen. Die Nationalratswahlen sind der Moment, um diese Debatte zu führen und eine Veränderung in unserem Steuersystem zu fordern. Denn wenn wir nicht handeln, riskieren wir, dass eine kleine, reiche Gruppe die Lebensrealitäten für alle anderen schafft – und das ist der Beginn vom Ende der Demokratie.

“Allianz für einen fairen Beitrag der Reichsten”

In der „Allianz für einen fairen Beitrag der Reichsten“ haben sich über 60 Organisationen der österreichischen Zivilgesellschaft zusammengefunden. Sie setzt sich dafür ein, dass die reichsten ein Prozent der Bevölkerung einen gerechteren Beitrag zur Gesellschaft leisten. In Österreich besitzt dieses eine Prozent fast 40 Prozent des Vermögens, trägt aber nur einen kleinen Teil zu den Steuereinnahmen bei. Die Allianz fordert daher höhere vermögensbezogene Steuern, um soziale Ungleichheit zu verringern, die Demokratie zu stärken und wichtige öffentliche Leistungen wie Bildung und Gesundheit zu finanzieren. Dies würde nicht nur die Lebensqualität für alle verbessern, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern.

Am 4. September veranstaltete die Allianz eine Podiumsdiskussion mit folgenden Gästen:

- Dr. Markus Marterbauer, Chefökonom @arbeiterkammer
- Dr.in Margit Schratzenstaller, Senior Economist WIFO @wifo
- Marlene Engelhorn, Mitgründerin der Initiative taxmenow
- Michael Jennewein, MA, Forscher für Demokratie und Wirtschaft, Friedrich Ebert Stiftung



Medienupdate

Können wir alle reich werden?

Die Chefredaktion, 23. September 2024

Was die Besteuerung von Reichen bringen würde

Die Presse, 15. September 2024

Ruf nach Vermögenssteuer wird lauter –

Allianz fordert Regierung zum Handeln auf

Der Standard, 03. September 2024

Vielen Dank für dein Interesse an unserer Arbeit!
Wenn du interessiert daran bist unseren Verein zu unterstützen, dann schreib uns gerne an: Mitmachen@taxmenow.eu

